

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badische Landes-Zeitung. 1870-1918 1899**

210 (7.9.1899) Mittagsblatt

**Abgabe:**  
Wöchentlich zwölf mal.  
Abonnementpreis:  
Vierteiljährlich:  
in Karlsruhe durch eine Agentur bezogen: 2 Mark 50 Pf., in das Haus gebracht: 2 Mark 80 Pf., durch die Post ohne Zustellgebühr 2 Mark 50 Pf. Vorzugsbezahlung.

**Redaktion und Expedition:**  
Hirschstraße 9.  
Telephonanschluß Nr. 401.

# Badische Landeszeitung

mit Parlamentsausgabe und Verlosungsbeilage.

**Kostengebühren:**  
Die 12spaltige Kolonellzeile deren Raum für 20 Zeilen 15 Pf., für 40 Zeilen 30 Pf., für 60 Zeilen 45 Pf., für 80 Zeilen 60 Pf., für 100 Zeilen 75 Pf. Bei größeren Aufträgen entsprechenden Rabatt.

**Bemerkungen:**  
Unbenutzte Gebühreneinlagen werden nicht aufbewahrt und können nachträgliche Honoraranprüche keine Berücksichtigung finden.

Nr. 210. Mittagsblatt.

Karlsruhe, Donnerstag, den 7. September

1899

## Zur Erinnerung.

Die Ablehnung der Kanalvorlage und die an sie anknüpfenden leidenschaftlichen wirtschafts- und parteipolitischen Auseinandersetzungen haben vollständig die Thatsache in Vergessenheit gebracht, daß in der abgelaufenen Session des Reichstages eine Abwägung der wirtschaftlichen Gegensätze stattgefunden hat. Zu rechter Zeit bringt der vom Centralbureau der nationalliberalen Partei herausgegebene, soeben erschienene Bericht über die letzte Reichstagsession diese Thatsache in Erinnerung. Aus dem angelegenen Bericht die bezeichnendsten Stellen wiederzugeben, erscheint umso notwendiger, als auch von einigen nationalliberalen Blättern die Erörterung unserer wirtschaftspolitischen Verhältnisse mit einer Leidenschaftlichkeit geführt wird, die weder im Interesse der nationalliberalen Partei, noch der Gesamtheit der im engeren Sinne nationalen Parteien, noch des Reiches selbst liegt. Der Bericht des nationalliberalen Centralbureaus sagt in einer zusammenfassenden Betrachtung über die allgemeine Stellungnahme der Parteien u. a. das Nachstehende:

„Für das Verhältnis der großen Erwerbsklassen zu einander und zur Reichspolitik war es am bedeutsamsten, wie namens der konservativen Graf zu Sigmund-Straum besonders hervorhob: es richtete sich die Hoffnung, daß aufseiten der Industrie und des Handels die Landwirtschaft als ein ganz gleichberechtigter Faktor anerkannt wird. ... Unter den Parteien hat bei Gelegenheit dieser Erörterung eine Auseinandersetzung so gut wie garnicht stattgefunden. ... während in früheren Zeiten die erste Statberatung in einer Session nach allgemeinen Neuwahlen zu teilweise sogar sehr weitläufigen Erörterungen der vorausgegangenen Wahlkämpfe herbeiführte. Selbst die unmittelbar nach Neuwahl folgende Besprechung der Interpellation wegen der angeblichen „Fleischnot“ wurde im wesentlichen sachlich geführt und nur wenige beiläufige Bemerkungen der freimüthigen Redner erinnerten daran, daß der Wahlkampf vor sechs Monaten zugespitzt worden war, als sollte die agrarische Bewegung unter dem flegenden Banner des Freirechts endlich ganz und gar erdrückt und ersticht werden. Auf der agrarischen Seite hingegen wachten sich vornehmlich gewichtige Einflüsse dahin geltend, daß nur solche parlamentarische Aktionen unternommen werden, für welche die Gesamtheit der positiven wirtschaftspolitischen Richtung die Verantwortung übernehmen möchte. Vor Beginn der Reichstagsession hatte das Organ des Bundes der Landwirte drei Interpellationen angekündigt, welche sofort bei Eröffnung vom Bundes der Landwirte eingebracht werden würden. Auch war die Wiederbelebung der wirtschaftlichen Vereinigung des Reichstages dezent in Aussicht gestellt worden, als ob in ihr und von ihr die sämtlichen wirtschaftspolitischen Aktionen der positiven Richtung im Reichstag bestimmt werden würden. Indessen ließen sich die maßgebenden Persönlichkeiten auf der rechten, wie in der nationalliberalen Partei mit der Neufokussierung der wirtschaftlichen Vereinigung Zeit bis Ende Januar und hielten es vorher wie nachher für das Zweckmäßiger, ihre gemeinsamen Aktionen, insbesondere die handelspolitischen, im Juli der Parteien zu vereinbaren, sie dort zu beginnen und durchzuführen, ohne erst in der Reichstagsession die Vereinigung vorzeitig aufzuheben und sachliche Aufstellungen durchzuführen. Und von den drei, in der angekündigten Fassung durchaus nur agitatorisch gedachten Interpellationen über Fleischnot, Getreidepreise und Handelsverträge gelangte nicht eine an den Reichstag, denn die einfache Frage nach den Ergebnissen der Enquete über die angebliche Fleischnot hat nicht das Mindeste gemein mit der angekündigten vorwurfsvollen Frage, wie die Regierung dazu komme, eine solche Enquete zu veranstalten. Von den scharfen Gegensätzen, die den Wahlkampf vielfach beherzigt hatten, war also bis zur Eröffnung des Reichstages bezüglich wenig übrig geblieben.“

Der Bericht des Centralbureaus hebt dann in den Referaten über die einzelnen Beratungsgegenstände diejenigen Momente hervor, welche die Abwägung der wirtschaftlichen Gegensätze erkennen lassen. So sagt der Bericht in dem Abschnitt „Handelspolitische Beziehungen zu Amerika“ u. a.:

„Weber Graf Kanitz noch irgend ein anderer Redner wollte Vorschläge machen, was da zu thun sei. Nur wünschten alle Redner ein Zweifaches: Festigkeit in den Verhandlungen mit der Union und baldige Aufstellung eines autonomen Tarifs, damit man überhaupt in der Lage sei, wegen Vertragsstrafen mit den Nachbarstaaten in Verkehr zu treten. Ebenso wenig wollte irgend ein Redner den Zollkrieg damit vorbereiten haben. Graf Kanitz sprach ganz offen aus, daß wir dabei der mehr leidende Teil sein würden.“

In dem Abschnitt „Handelspolitische Beziehungen zu Spanien“ heißt es:

„Ebenso verwarfte sich Graf Kanitz dagegen, daß er dem Abkommen weniger günstig gegenüberstehe, als irgend ein Mitglied des Hauses. Und Herr Bismarck befähigte ausdrücklich, daß in diesem Falle die Vermeidung von handelspolitischen mit politischen Interessen ohne jedes Bedenken sei. Alle Wünsche auf dieser Seite gingen nur wiederum da-

hin, daß die Regierung so frühzeitig als möglich einen autonomen Zolltarif aufstelle, damit man die Sicherheit gewinne, daß in der Zukunft die nationalen wirtschaftlichen Interessen allgemein besser geschützt sein würden als bisher.“

In dem Referat über die Beratung des Reichsbankgesetzes wird betont:

„Die Verhandlung über den gesamten Inhalt des Gesetzes war in der Kommission erfolgt und mit solcher Mehrheit festgelegt worden, und die verschiedenen volkswirtschaftlichen Richtungen waren sich dabei mit soviel Rücksicht entgegengekommen, daß zur zweiten Lesung im Plenum allerseits auch die gute Absicht mitgebracht wurde, nunmehr an den Vereinbarungen der Kommission nicht mehr rütteln zu lassen. Die extremen, insbesondere die auf Verstaatlichung gerichteten Bestrebungen und die bimetallicischen Tendenzen mußten hierbei, wie selbstverständlich, ausgeschlossen werden. Indem dies geschah, ist es aber auch gelungen, die Vertreter dieser Bestrebungen auf ein ganz unscheinbares Niveau zusammenzubringen und bis weit nach der rechten Seite hinüber die wirtschaftspolitische Befonnenheit zu wecken und bei der Mehrheit festzuhalten.“

Wir könnten aus dem Bericht des Centralbureaus noch den Referaten über die Interpellation von Wangenheim in Sachen der Vieh- und Fleischpreise, sowie über das Fleischbeschaugesetz weitere Stellen entnehmen, die zeigen, daß die wirtschaftlichen Gegensätze in der letzten Reichstagsession sich abgeschwächt haben. Leider ist nicht zu verkennen, daß der Kampf um die Kanalvorlage auf preussischem Boden die Gegensätze in aller Schärfe wieder hat aufleben lassen.

## Politische Uebersicht.

Karlsruhe, 7. September.

### Esterhazy und das Vorderaue.

Von der Auslage des ehemaligen Justizministers Esterhazy sind folgende Stellen im höchsten Grade bemerkenswert, die wir dem Bericht der „Frankf. Zig.“ entnehmen:

Das Gesetz, das über uns allen steht, läßt Ausländer als Zeugen in allen Rechtsfällen zu. ... In der That kann ich zahlreiche Fälle citieren, wo ausländische Zeugen in Prozessen auftraten, die an den Prozeß Dreyfus erinnern. Ich will aber nur an den Prozeß gegen den Feldwebel Chapur erinnern, in dem Banzard bedauerte, daß Chapur ihm geheime militärische Dokumente selbst hat sich vor dem gegenwärtigen Kriegsminister General Galliffet selbst hat sich vor dem Kassationshof auf das ausländische Zeugnis des englischen Generals Talbot berufen, der ihm sagte, daß Esterhazy Militärattaché für Geld Dokumente lieferte. Auch möchte ich hier an eine große Leere erinnern, die die Geschichte liefert. Ende des vorigen Jahrhunderts wurde der englische Admiral Bingham in seinem Lande angeklagt, daß er in der See Schlacht von Majorca England an Frankreich verraten habe. Marshall Bigham mit jenem echt französischen Gesicht, das ich in den Syzen meiner Landleute nicht entstellen sehen möchte, kam dem Ungläublichen zu Hilfe und rief den Engländern zu: Ihr täuscht euch. Bingham hat das Land nicht verraten! Aber von Chapur wurde hingerichtet und einige Jahre später wurde seine Unschuld erkannt! Das ist ein blutiger Fleck in der englischen Geschichte. (Große Bewegung.) Soll es einen solchen Blutsflecken auch in der Geschichte unseres Landes geben? (Große Bewegung.) Ein erstes, ein zweites Kriegsgericht haben sich taufen können. Nicht die Loyalität der Richter trage ich an, wohl aber die Loyalität der Dokumente, die ihnen vorgelegt wurden. Die Richter haben sich geirrt, weil man sie geirrt hat. (Bewegung.) Man hat mir eingeworfen, der italienische Vorkämpfer habe mir vielleicht nicht die Wahrheit gesagt. Ich kann nur antworten, daß dieser Mann, der mein Freund ist, ein Gendarm sein müßte, wenn er mir in jenem Moment nicht die Wahrheit gesagt hätte. Man wirft mir ferner ein: Diplomaten sind durch ihren Beruf zu Täuschungen verpflichtet und man kann ihre Erklärungen nur glauben, wenn sie durch Thatsachen bestätigt werden. Hier bestätigen die Thatsachen aber alles, was mir der italienische Vorkämpfer gesagt hat! Der Vorkämpfer sagte mir, daß Esterhazy das Vorderaue geschrieben habe, und der Kassationshof hat das Urteil erlassen, daß Esterhazy das Vorderaue geschrieben. Der Vorkämpfer hat mir gesagt, daß Esterhazy die Dokumente ausgefertigt hat. ... Der italienische Vorkämpfer hat mir gesagt, daß nach dem Prozeß zuerst eine große Unwissenheit herrschte, da die Verhandlungen mit Ausschluß der Öffentlichkeit geführt wurden. Erst als im „Matin“ das Facsimile des Vorderaues veröffentlicht worden war, erkannte Schwarzkoppen, daß ein Irrtum begangen und daß Dreyfus aufgrund des von Esterhazy geschriebenen Vorderaues verurteilt worden. Am übrigen, wenn man die volle Wahrheit über das alles wissen will, wenn man sich ernstlich über die Beziehungen des Vorderaues zu den Militärattachés aufklären will, so giebt es nur ein Mittel: Man müßte versuchen, sich die im Vorderaue ausgefertigten Dokumente zu verschaffen. Freilich seit zwei Jahren hat die Regierung, haben zahlreiche Politiker vertrauliche Mitteilungen erhalten, im Parlament

wissen alle, die sich unterrichten können, daß die Militärattachés darunter leiden, weil man ihren Worten nicht glauben will; denn wenn Soldaten sich auch auf dem Schlachtfeld als Feinde gegenüberstellen, so haben sie doch alle untereinander dieselbe Ehre. Ich kann sie natürlich nicht fragen, aber es giebt andere, die berechtigt sind, diese Frage zu stellen, und ich bin überzeugt, daß dies sofort geschieht, wenn das Kriegsgericht es wünscht.

## Deutsches Reich.

**Die Maßregelung der rentirenden Beamten beschränkt sich auf die kurze Nachricht von der erfolgten Stellung zur Disposition. Der bisherige Landrat des Kreises Dramburg, Herr v. Brockhausen, teilt den ihm zugegangenen Erlaß des Oberpräsidenten in Stettin im Wortlaut, wie folgt, mit:**  
„Des Königs Majestät haben auf den Vortrag des königlichen Staatsministeriums mittels Allerhöchsten Erlasses vom 28. d. M. aufgrund der Bestimmung in § 87 Nr. 2 des Gesetzes vom 21. Juli 1852, betreffend die Dienstvergehen der nicht richterlichen Beamten, zu genehmigen geruht, Sie, im Interesse des Dienstes, in den einstweiligen Ruhestand zu versetzen. Indem ich Ihnen hiervon Kenntnis gebe, erlaube ich Sie, Ihr Amt sofort niederzulegen. Stettin, den 1. September 1899. Der Oberpräsident der Provinz Pommern. In Vertretung: v. Strank.“

**Der Parteitag der Deutschen Volkspartei wird am 23. und 24. September in Mainz stattfinden. Unter anderem soll über die Frage der Arbeitslosenversicherung, die den Parteitag schon wiederholt beschäftigt, sowie über die politische Lage mit besonderer Berücksichtigung der Zuchthausvorlage verhandelt werden.**

**Verurteilung eines polnischen Gelehrten.** Die Posen-er Strafkammer verurteilte den Propst Reine aus Tomice bei Posen und Nebasteur Smyt des polnischen Blattes „Wielkopolanin“ zu 200 M. bzw. 50 M. Geldstrafe, wegen öffentlicher Beleidigung des Lehrers Wisniowski in Tomice. Reine schrieb für den „Wielkopolanin“ zwei Artikel, in denen er eine angebliche Mißhandlung von Schülern durch Wisniowski als Folgen des heutigen Systems hinstellte, in der Volksschule Kenntnisse des Deutschen erzwingen zu wollen.

## Afrika.

**Der Volksraad von Transvaal nahm einen von Koge eingebrachten Antrag an, die Regierung zu befragen, warum britische Truppen an der Grenze zusammengezogen werden, und beraume die Beratung der Interpellation durch einstimmigen Beschluß auf Donnerstag an. Nach Lage der Dinge wird der Antrag vermutlich noch weiter zurückgestellt werden.**

## Asien.

**China und Japan.** Wie aus Peking berichtet wird, hat die Kaiserin-Witwe den Marquis Ito eingeladen, wieder nach der chinesischen Hauptstadt zu kommen, um die Regierung zu beraten. Bekanntlich hat der vorjährige Besuch, der dem nämlichen Ziele galt, wesentlich mit dazu beigetragen, daß die Palastrevolution ausbrach und der junge Kaiser seine Nachfolge zugunsten der Kaiserin verlor. Inzwischen hat sich freilich eine Annäherung auch des Altchinesentums an Japan vollzogen und es ist beinahe wiederholt sogar von einem Bündnis zwischen den beiden ostasiatischen Staaten die Rede gewesen. Jedenfalls scheint jetzt die Einladung an Marquis Ito thatsächlich ergangen zu sein, aber es ist noch nicht sicher bekannt, ob er sie annehmen hat oder nicht. Abgesehen soll Ito in ablehnendem Sinne geantwortet haben, wegen der Unklarheit der Verhältnisse in Peking. Der „Diasat Lloyd“ meint dagegen, es sei ganz ausgeschlossen, daß Ito ablehnen werde, da für Japan zu viel auf dem Spiele stehe.

## Baden und Nachbarländer.

**Heidelberg, 6. Sept.** Drei schwere Gewitter, verbunden mit einem Wolkenbruch, gingen letzte Nacht zwischen 2 und 3 Uhr über die Stadt nieder. Hinzu gestellte sich noch ein furchtbarer Donner und ein orkanartiger Sturm, während feurige Blitze unausgesetzt niederfielen. Ein Blitztrahl fuhr in den Neckar und wühlte dabei lt. „Heidelb. Tagbl.“ das Flußbett demassen auf, daß ein großer unter Wasser liegender Stein um ein beträchtliches höher zu liegen kam und jetzt über den Wasserspiegel herauskam.

**ba. Nassau, 6. Sept.** Am 20. September findet hier die geplante Zusammenkunft der ehemaligen Gymnasialen, welche in den Jahren von 1830 bis 1870 hier das Gymnasium besuchten, statt. Um 11 Uhr soll ein Festakt in dem Saale der Fruchthalle stattfinden,

## Industrie- und Wanderbilder aus Baden.

Von Othmar Krauß, Elzach.

Das Werk in St. Georgen dient einem doppelten Zweck. Mit seiner Dampfmaschine deckt es einerseits einen etwaigen Mangel an Betriebskraft, dem das Triebwerk Drehstromwerk in wasserarmer Zeit bei Schneedecke oder starkem Frost ausgesetzt ist. Andererseits nimmt es einen Kraftüberschuß des Drehstromwerkes für seine vielfältigen gewerblichen Zwecke auf. Ein Drehstrommotor und die Dampfmaschine arbeiten auf dieselbe Transmission; ein weiterer Transmissionsstrang treibt die Gleichstrommaschine an, die sich mit jenen wiederum verbinden lassen.

Auf diese Weise ist es bei günstigen Wasserstände möglich, die Dampfmaschinen ganz außer Betrieb zu setzen und selbst die Gleichstrommaschinen mit Drehstrom zu betreiben. Oder es kann der Tagesbedarf an gewerblichen Ströme in St. Georgen direkt vom Triebwerk Drehstromwerk gedeckt werden, während die Gleichstrommaschinen mit Dampf angetrieben werden. Oder endlich kann der gesamte Licht- und Kraftbedarf in St. Georgen durch die Dampfmaschine gedeckt und eventuell noch durch die Fernleitung Energie zur Unterstützung des Drehstromwerkes in Triebberg abgegeben werden.

Die Stromleitungen für Lichtabgabe sowohl als für Kraftabgabe in St. Georgen sind oberirdisch geführt. Für mehr als 3 Drähte eines Stranges wurden eiserne Stangen aus U-Eisen verwendet, auf welchen die Isolatoren in Abständen von 400 mm angebracht sind. Bei Kreuzungen mit Telegraphen- und Telefonleitungen sind entweder die Starkstrom- oder die Schwachstromleitungen isoliert oder die Verbindung zwischen beiden ist durch ein Kastenabzweignetz verhindert. Die Fernleitungen bestehen aus je 3 Drähten von 16 mm Querschnitt. Zwei derselben sind an 2 Isolatoren auf einer Seitenstange befestigt, während der dritte an einem Isolator mit Holzstütze, die abwechselnd links und rechts am Mast angebracht ist, geführt wird. Die sämtliche Anlagen verbindende Telefonleitung ist an den Hochspannungsmasten befestigt und überall durch Hochspannungsisolierungen geschützt;

ebenso sind die Maschinen und Transformatoren gegen Blitzhlag und dessen induktorische Wirkungen durch Blitzhühvorrichtungen geschützt.

Bei Kreuzungen mit Staatsstraßen werden muldenförmige Schutzgräben verwendet, bei weniger begangenen Straßen die Hochspannungsleitungen an Stahlbrücken aufgehängt, die Schwachstromleitungen an den Kreuzungstellen meist unterirdisch verlegt.

Außer der Lieferung der Elektrizität für Beleuchtungs- und für Kraftzwecke stellt das Elektrizitätswerk alles her, was zur Einrichtung von Beleuchtungs- und Kraftanlagen gehört.

Es ist ein Bild tüchtiger Arbeit und rastlosen Vorwärtsschreitens, welches die Fabrik darbietet, die eine unentbehrliche Helferin der Groß- und Kleinindustrie sowohl, als auch der Hausindustrie im Schwarzwalde geworden ist. Der Summe von Mühe und Arbeit entspricht auch der überaus günstige Stand der Betriebsverhältnisse.

Die Elektrizitätsgesellschaft verfügt heute bei normalem Wasserstande über 600 Pferdestärken. Sie hat die Anlagen von Triebberg, Hornberg, Jurtwangen, St. Georgen, Elzach in eigenem Betriebe und hat in den letzten Jahren die Centralen in Waldkirch, Petersthal, Lengkirch und Haslach für fremde Rechnung gebaut. Wir wünschen derselben ein herzliches Glück auf zu weiterem, tüchtigem Vorwärtsschreiten.

Es erübrigt uns noch, dem Leser, der uns bis hierher gefolgt ist, ein Bild zu geben, wie aus den rinnenden Wassern, in unserem Falle aus denen der Gutach, das Licht unserer Glühlampen, unserer Bogenlampen entsteht, wie das Wasser in unserem elektrischen Den zu Rachen gebracht, oder die Kurbel unserer Gleichstrommaschine getrieben wird.

Das Wasser fließt mit einem bestimmten Gefälle auf die Turbine, diese bewirkt mittels der Transmission die Umdrehung des Elektromagneten der Dynamomaschine, welcher, wie erwähnt, aus weichem Stahl besteht, der dadurch magnetisch gemacht wird, daß der elektrische Strom ihn umfließt. Die Magnete drehen sich zwischen den mit Kupferdrähten umwickelten Eisenringen und es entstehen in den Kupferdrähten bei dem Durchschneiden der magnetischen Kraftlinien elektrische Ströme, welche auf den Kollektor, d. h.

auf einem System mit den Drähten verbundener Kupferstreifen gesammelt, mittels der Bürsten abgenommen und auf das Schaltbrett überführt werden.

Auf dem Schaltbrette nun fließen die Ströme von den verschiedenen Maschinen zusammen, um von hier aus direkt oder indirekt an die Verbrauchsstellen abgegeben zu werden. Hier befinden sich die Spannungsmess- und Strommesser, von denen die Zahl der Volt und Ampere, die die Maschinen liefern, genau abgelesen werden können und die der Wärter jederzeit zu kontrollieren hat, um event. eintretende Stromschwankungen sofort durch Ein- oder Ausschalten von Reguliermischständen, die sich ebenfalls am Schaltbrett hinter demselben befinden, auszugleichen.

Der elektrische Strom, den eine Dynamomaschine liefert, bleibt bei gleicher Umdrehungszahl derselben natürlich immer gleich stark. Um nun diesen Strom für verschiedene Zwecke — zur Beleuchtung, zu mechanischer Arbeit, zu Electrolyse — verwenden zu können, muß er erst entsprechend seinen Zwecken umgeändert werden, sei es, daß die Stromstärke durch Vorschalten von Widerständen vermindert wird, oder daß man — speziell bei Fernleitungen — Spannung und Stromstärke ändert. Man versteht die Energie in Form hoher Spannung und geringer Stromstärke, weil hierbei verhältnismäßig dünne Leitungsdrähte verwendet werden können, und verwandelt sie dann am Verbrauchsorte durch geeignete Vorrichtungen, den sog. Transformator, in die den Bedürfnissen entsprechende Form von geringer Spannung und größerer Stromstärke; es muß eben die Bildung der Drahtspulen des Transformators entsprechend angeordnet sein.

Häufig kommt es vor, daß mehr Strom erzeugt als verbraucht wird. Damit nun kein Strom verloren geht, wird der überschüssige Teil in Akkumulatoren abgeleitet und dort aufgespeichert, um bei gesteigertem Stromverbrauch besonders in der Nachtzeit abends verwendet zu werden.

Von dem Schaltbrette aus wird der elektrische Strom nach Triebberg, Jurtwangen u. s. w. geleitet und setzt in irgend einer Fabrik ein Schwingrad, einen Hammer in Bewegung, erregt die Räder der plätschernden Hausfrau, treibt die elektrische Eisenbahn, indem seine Energie durch sinuös





